

Pariser Blätter zum Garantievertrag.

Paris, 27. Jan. Die Blätter verhalten sich gegenüber den Vorschlägen zur Unterzeichnung eines Garantievertrages nach wie vor ablehnend. „Journal“ weist darauf hin, daß Deutschland gut daran tun würde, die Bestimmungen des Versailler Vertrages innewohnen zu lassen. Der beste Fall sei eben der Versailler Vertrag. Wenn Deutschland dagegen fortfähre, ihn systematisch zu beschneiden, so liegt kein Grund vor, einen anderen Vertrag abzuschließen. „Echo de Paris“ meint an leitender Stelle, daß, wenn Deutschland sich dazu verstehen würde, die Artikel 42, 43 und 44 des Vertrages auszuführen (unbegrenzte Entmilitarisierung des Rheinlandes), so werde das Problem ein ganz anderes Aussehen gewinnen. Deutschland müsse von der Belgischen bis zur Schweizer Grenze ein entmilitarisiertes Gebiet einrichten und freiwillig die Mittel zu einer militärischen Offenheit aus der Hand geben.

Der Verfassungseid der deutschnationalen Minister.

„Die Zeit“, das Organ Dr. Stresemanns, stellt in ihrer vollstündigen Wochenschau auf die vergangene Woche fest, daß die Deutschnationalen sich bereits auf den „Boden der Tatsachen“ gestellt hätten.

„Was ist die Partei der nationalen Opposition denselben Weg gegangen. dessen Notwendigkeit im Interesse des Vaterlandes die Deutsche Volkspartei von dem ersten Tage an begriff, an dem sie durch ihre zahlenmäßige Entwicklung genötigt wurde, positive Mitarbeit an die Stelle der Opposition zu setzen. Deutschnationaler Führer haben den Eid auf die republikanische Reichsverfassung in die Hände des Reichspräsidenten geleistet, ja noch mehr, sie haben die Vertrauensstunde des vorigen Reichskabinetts für den zu Unrecht in seinem nationalen Ehr- und Würdigkeitsgefühl verächtlichen Reichspräsidenten Ebert feierlich als Mitglieder der neuen Regierung wiederholt.“

Im Gegensatz zu der Mitteilung der „Zeit“ wurde aber von unabhängiger Stelle festgestellt, daß die deutschnationalen Minister nicht in die Hand des Reichspräsidenten den Eid auf die Verfassung geleistet haben, sondern vom Reichskanzler Dr. Dauter auf die Republik verpflichtet worden sind. Dagegen ist verfassungsmäßig nichts einzuwenden.

Aus für böllische Verbrecher.

Budapest, 28. Januar. Im September vorigen Jahres wurde in Budapest der Reichsdeutsche Otto Bauer verhaftet, der von den deutschen Behörden wegen Ermordung der Erbkaiserin Marie Jandmayer und des Kellners Johann Hartwig verfolgt wird. Marie Jandmayer wurde von einem böllischen Fremdericht, dessen Vorsitzender Otto Bauer war, zum Tode verurteilt und auch getötet, weil sie angeblich Waffen an die Entente verraten haben sollte. Johann Hartwig wurde lange der Vertrauensmann des Bauer. Als es ihm gelang, beiden zu einem Geflüchteten, fürchtete Bauer sich daher auch Hartwig umbringen zu lassen. In der Folgezeit wurde Bauer in Budapest festgehalten, als er sich zum Verbleiben im Land Beweismaterial eintraf, gestand er, die Regierung hat nun über das Auslieferungsgesuch der deutschen Regierung entschieden. Die Auslieferung wurde verweigert, weil es sich um politische Verbrechen und zwischen Deutschland und Ungarn keine Abmachung über die Auslieferung politischer Verbrecher gibt, ebenso wie im Falle des „Rabener-Verbrechens“, auf die Verweigerung der Auslieferung des Otto Bauer durch die deutsche Regierung hingewiesen. Otto Bauer ist bereits heute auf freien Fuß gesetzt.

Umgang der christlichen Gewerkschaften gegen soziale Reaktion.

Die christlichen Gewerkschaften veranstalteten am 22. Januar im Paulushaus zu Düsseldorf eine bedeutende Kundgebung. Herr Heinrich Feyersbach (Voritzender des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands) legte die Verhältnisse der augenblicklichen Lage dar und machte vor allem auf die Gefahren aufmerksam, die die reaktionären Verbände nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für Volk und Wirtschaft mit sich bringen. Eingehend erörterte er die Voraussetzungen, die seitens der Arbeiter erfüllt werden müssen, um dem antisozialen Bestreben weitestgehender Industrie- und Wirtschaftskrisen erfolgreich zu begegnen. Nur durch weitestgehende Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und durch den Glauben an die Sieghaftigkeit der gewerkschaftlichen Idee ließe es sich ermöglichen, die Arbeiterklasse zu einem gleichberechtigten Stand zu gestalten.

In nachfolgender Entschließung kam die einstimmige Auffassung der Versammlung zum Ausdruck:

„Die reaktionären Verbände entgegen nicht politischen Notwendigkeiten, sondern ihr Ausgangspunkt ist der machtpolitische Wille, die Arbeitnehmer als gleichberechtigte und mitbestimmende Faktoren bei der Gestaltung sozialer, wirtschaftlicher und staatspolitischer Belange anzuschalten und das einseitige Machtverhältnis von früher wieder herzustellen. Die Durchführung dieser Absichten würde die innere Festigung und Herstellung unseres Volkes bis zur Entscheidung feigen, würde unmittelbar jede gesellschaftliche und staatliche Ordnung zur Auflösung bringen. Die christlichen Gewerkschaften fühlen sich deshalb verpflichtet, diesem rückwärtigen Bestreben ihren entschlossenen und entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Sie betonen mit Nachdruck und voller Überzeugung, daß die Gesundung unserer Wirtschaft und die Wiederherstellung unseres Volkes nur erfolgen kann, wenn für die Arbeiterklasse eine menschen- und kulturwürdige Lebensmöglichkeit geschaffen und die Lohn- und Arbeitszeitfrage bestmöglichst entsprechend geregelt wird.“

Eine Note der Großmächte an die chinesische Regierung.

Paris, 28. Jan. Nach einer Agentenmeldung aus Peking haben die Vertreter der Großmächte der chinesischen Regierung eine Note überreicht, in der sie darauf hinweisen, daß China für den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer in Schanghai verantwortlich sei.

Seit gestern haben die Mächte in der Nähe der Stadt wieder begonnen.

Die Botschafterkonferenz verlangt Verzichtserklärung der Kaiserin Jita.

Budapest, 27. Jan. Die Botschafterkonferenz hat drei Delegierte, einen Engländer, einen Franzosen und einen Italiener nach Bequetto, dem gegenwärtigen Aufenthalt der Kaiserin Jita, entsandt, um von ihr eine dändige Erklärung zu verlangen, ob sie gewillt sei, auf ihre Ansprüche auf den ungarischen Thron zu verzichten.

Das Hoch auf K. W. II.

Die Kaiserin in Adria-berg.

Berlin, 25. Jan. Durch die gesamte Reichspressen ist in den letzten Tagen eine groß aufgemachte Mitteilung von Zusammenkünften zwischen Reichsbanner und Reichswehr in Königsberg am 13. Januar (Reichsgründungstag) gegangen. Kameraden des Reichsbanners sollten anmarschierende Reichswehr mit Hurrasen empfangen haben. Daraufhin hätte sich eine Kaiserin entwickelt, bei der das Reichsbanner den Kürzeren gezogen hat. Der Gau Ostpreußen gibt jetzt folgende den Tatsachen entsprechende Mitteilung:

„Den heberisch-verleumderischen „Berichten“ ist folgendes entgegenzuhalten: Ein kleiner Trupp Reichsbannerleute — etwa 80 bis 70 Mann — kamen an dem fraglichen Tag nach planmäßiger Auflösung des Reichsbannerums, vom Paradeplatz über den Schloßplatz mit eingeregelter Fahnen, ihre Führer voran. Dort wurden sie in rohester Weise von Angehörigen rechtsradikaler Verbände angegriffen. Die Reichsbannerführer ordneten, um eine Schlägerei zu vermeiden, den Abmarsch nach dem Schloßberg an. In diesem Augenblick zog die Wachtcompagnie der republikanischen Reichswehr auf, von Stahlhelm und Werwolf mit Hurra begrüßt. Gegen dieses Hurra hatte das republikanische Reichsbanner nichts einzuwenden. Über „spontan“ wurde aus der Mitte der Rechtsradikalen ein weiteres Hoch auf Kaiser Wilhelm ausgebracht, und auf dieses Hoch antworteten die Republikaner mit Hurrasen. Die sich anschließende Schlägerei, die von Reichsbannerseite wahrlich nicht gesucht wurde, hat dann, trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Bannerleute, für die Gegenseite durchaus unglücklich geendet, wie die betroffenen Werwölfe zu bezeugen wissen werden. Das ist der Tatbestand, und die unerhörte Verdrehung dieses Tatbestandes ist ein erneuter Beweis für die Straußlosigkeit, mit der das Reichsbanner in der Öffentlichkeit herabgesetzt werden soll.“

Politische Rundschau.

Berufung im Reigner-Verfahren. Berlin, 28. Januar. Gegen das Urteil der sächsischen Disziplinarkammer auf Entziehung des Ruhegehältes des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Reigner ist, wie die Morgenblätter aus Dresden melden, von beiden Seiten Berufung eingelegt worden.

Abbau der Wohnungswirtschaft. Berlin, 27. Jan. In der gestrigen Sitzung der Berliner Grundbesitzervereine teilte der Vorsitzende mit, daß nach ihm bekannt gewordenen Informationen ein weiterer Abbau der Wohnungsmassnahmen durch das Reich am 1. Mai d. J. zu erwarten ist.

Keine Erhöhung der Mieten für Februar. Berlin, 27. Jan. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Preussische Staatsregierung hat von einer Erhöhung der Mieten für den Monat Februar abgesehen. Infolgedessen bleibt es auch für den Februar bei dem bisher geltenden Mietfuß.

Freihalten der Demokraten an der Großen Koalition. Berlin, 28. Januar. Von demokratischer Seite wird gegenüber Verlautbarungen über Beschlüsse, Vorschläge und Absichten der Deutschen Demokratischen Landtagsfraktion in der Frage der mutmaßlichen Regierungsneubildung in Preußen mitgeteilt, daß diese Verlautbarungen jeder Grundlage entbehren. Es wird gesagt, daß die Deutsche Demokratische Fraktion des Landtages auch nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition an ihrer Politik festgehalten hat, die allein es ermöglicht, den Staat vor gefährlichen Krisen zu bewahren. Mit der gleichen Konsequenz wird sie ihre Entscheidung in der Regierungsbildung mehr nach dem sachlichen Kurse der Politik als nach Parteipersonen und Ziffernkombinationen treffen.

Für entschiedene Opposition. Berlin, 28. Januar. Gestern fand in Ringerbrück ein Parteitag des Wahlkreisverbandes Koblenz-Trier-Wittrich der Deutsch-Demokratischen Partei statt. In der Aussprache wurde die demokratische Reichstagsfraktion wegen ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett Dauter lebhaft kritisiert. Der Parteitag faßte einstimmig eine Entschließung, in der es heißt, er könne sich mit der unentschiedenen Haltung der Reichstagsfraktion der Deutsch-Demokratischen Partei an der Abstimmung über das Kabinett Dauter nicht einverstanden erklären. Er erwartet, daß durch eine klare und entschiedene Opposition dem jetzigen Reichskabinett gegenüber der dadurch in Parteikreisen entstandenen Verwirrung ein Ende bereitet wird.

Rückkehr Dr. Wiedefelds. Berlin, 28. Januar. Wie das Berliner Tageblatt aus Washington meldet, wird der dortige deutsche Botschafter Dr. Wiedefeld an Bord des Dampfers „Albert Ballin“ am 5. Februar die Rückreise nach Deutschland antreten.

Der antisemitische Deutsch-Österreichische Alpenverein. München, 28. Januar. Die Sektion München des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins hat beschlossen, künftige Juden als Mitglieder nicht mehr aufzunehmen. Aus diesem Anlaß haben nunmehr über 80 jüdische Mitglieder der Sektion München gemeinsam ihren Austritt aus derselben erklärt.

Summation gekorrek. Berlin, 28. Januar. Wie das „Tag“ durch Kundmachung aus Peking gemeldet wird, ist Summation an den Polen der Operation, — der er sich kürzlich unterziehen mußte, gekorrek.

Aus Stadt und Land.

Kuo, 29. Januar 1925.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Freitag, den 20. Januar 1925, nachm. 4 1/2 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal.

Tagesordnung:

1. Veränderung der Sezung des Ortstranienlastenverbandes Kuo usw.
2. Aufnahme der Fortbildungsschüler aus Nieder-Schlesien in die hiesigen Fortbildungsschulen.
3. Errichtung einer Fleischverkaufshalle, einer neuen Bräuhottanlage und Erweiterung der Totbucht im Schlachthofe.

Erhöhung der gesetzlichen Mieten auf 70 Prozent. Wie die „E. R. N.“ hören, wird voraussichtlich die Miete in Sachsen für Februar von 87 Prozent auf 70 Prozent erhöht. Der Mietzinssteueranteil bleibt unverändert. Die drei Prozent Mehrertrag fließen dem Hauswirt zu.

Die Zunahme der Tageslänge macht sich bereits deutlich bemerkbar. Zwar tritt sie am Morgen noch nicht in Erscheinung, die Sonne geht jetzt nur einige Minuten früher auf als am kürzesten Tage; aber am Nachmittage ist es bereits bedeutend länger hell.

Erste große Volkszählung nach dem Kriege. Wie wir von ausländischer Stelle hören, wird im Juni 1925 zum ersten Male wieder eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Unter den Betrieben sind sowohl gewerbliche als auch landwirtschaftliche zu verstehen. Die Zählung wird nach Anhörung der erforderlichen Justimmungen das besetzte Gebiet mit umfassen; das Saargebiet muß naturgemäß ausgeschlossen bleiben. Es ist zu begrüßen, daß dieses, für die Verantwortung einer großen Reihe von wirtschaftlichen und industriellen sehr wichtigen Fragen, unentbehrliche Hilfsmittel, auf das wir bezüglich der Berufs- und Betriebszählung seit 1907, bezüglich der Volkszählung seit 1910 verzichten mußten, der Wirtschaft wieder zur Verfügung gestellt wird.

Vortrag. Dienstag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, wird der Astronom Bruno D. Würgel aus Berlin-Neudammberg im Saale des Fremdenhofs zum Blauen Engel in Kuo einen Vortrag halten über das Thema: „Das Werden und Vergehen der Welten.“ Herr Bruno Würgel, der durch seine Lebensgeschichte „Vom Arbeiter zum Astronomen“ in Deutschland rühmlichst bekannt geworden ist, gibt den Beweis dafür, daß es auch einem schlichten Arbeiter möglich ist, sich bis zu wissenschaftlicher Höhe aufzuarbeiten. In sachlich-schlichter Weise schildert er den Weg, der den kleinen Sternenträger aus der Berliner Vorstadt, den jungen Fabrikarbeiter endlich in die Urania an Teleskop und Schreibpult führte. Aus diesem seinen Lebensbild tritt uns ein reifer Mann entgegen, der ehrlich bestrebt ist, an dem großen Problem des Lebens mitzuarbeiten, in sachlich-schlichter Weise schildert er die Mühen und Beglückungen seines Lebenswegs, beleuchtet von dem Wunsche, seinen Mitmenschen Rechenschaft davon zu geben. Gerade für unsere arbeitenden Kreise, auch für alle diejenigen, die innerlich sozial wohlmeinend eingestellt sind, dürfte ein Vortrag Würgels von ganz besonderem Interesse sein. Der Beginn des Vortrages ist auf 7 Uhr abends gelegt, damit Anschlußmöglichkeit auf unseren beiden Verkehrsleitungen in allen Richtungen gegeben ist. Der Arbeitgeber-Vereinigung Kuo-Abd. Industrien ist es in Verbindung mit dem Wissenschaftlichen Verein und der Volkshochschule Kuo geplagt, Herrn Würgel gleichzeitig noch für einen zweiten Vortrag zu gewinnen. Dieser wird am 8. März im Saale des Bürgergartens stattfinden und wird sich über folgendes Thema verhalten: „Der Bau des Weltalls und die Stellung der Erde im Weltganzen.“ In etwa 300 Städten hat der Arbeitergelehrte bereits mit großem Erfolge gesprochen. Seine Vorträge dürften dabei mit besonderer Spannung erwartet werden. Aus Würgels weiteren Schriften, die er veröffentlicht hat, sind folgende zu erwähnen: „Aus fernem Welten, Menschen untereinander, Im Garten Gottes, Die seltsamen Geschichten des Doktor Ubbeluhle, Der Stern von Afrika, Gelpenker.“

Wiedersehensfeier der Subartillerie. Die Angehörigen der rühmlichen Waffe finden sich zu einer Wiedersehensfeier am 13. bis 15. Juni 1925 in Chemnitz zusammen. An alle ehemaligen 12er oder 10er ergeht deshalb der Ruf: Gilt Herz bei aus Sachsens Gauen zum Austausch alter lieber Erinnerungen nach dem sächsischen Manchester, sichert euch rechtzeitig Quartiere und gestaltet durch eure Teilnahme die Feier zu einer wichtigen Kundgebung für unsere stolze Waffe! Auskünfte erteilt Kamerad Carl Eickler, Chemnitz, Denrittenstraße 28.

Neue Dienstbezeichnung der Reichsbahnbeamten. Nach der leicht eingeführten Personalordnung haben die Beamten der Besoldungsgruppen 1—9 der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft neue Dienstbezeichnungen zu führen. Die geänderten Dienstbezeichnungen sollen die Zugehörigkeit der Beamten zu den einzelnen Dienstweigen besser erkennen lassen, als es bei den bisherigen stark zusammengezogenen Dienstbezeichnungen der Fall war. Die außerplanmäßigen Beamten führen die Dienstbezeichnung ihrer planmäßigen Eingangsstelle mit dem Zusatz „außerplanmäßig“, z. B. außerplanmäßiger Eisenbahnassistent. Arbeiter, die als Arbeiter für Beamtenstellen gelten, und fähig und überwiegend im Beamtendienst verwendet werden, führen die Dienstbezeichnung ihrer planmäßigen Eingangsstelle mit dem Zusatz „Hilfs...“, z. B. Hilfsbetriebsassistent. Alle übrigen im Beamtendienst vorübergehend oder längere Zeit tätigen Lohnbediensteten gelten als Ausbittsbeamte. Diese führen die ihrem Lohnverhältnis entsprechende Dienstbezeichnung.

Eintrittsgeld für die Gerichtswälle. Die Dresdener Justizwachtmeister haben ihren vorgesetzten Behörden einen Vorschlag unterbreitet, der geeignet sein dürfte, Aufsehen zu erregen. Unter dem Hinweis auf die unzulässigen Zustände, die bisher in einigen Justizräumen der höheren Gerichte in Erscheinung treten, fordern die Justizwachtmeister die Erhebung von Eintrittsgeld. Sie versprechen sich eine Verbesserung der Zustände, wenn für den Eintritt in den Justizraum besondere Karten ausgegeben werden, und zwar für die Säle der Einzelrichter für 50 Pfennig, für die Säle der Schöffengerichte und Strafkammern eine Mark und für die Schwurgerichte zwei Mark. — Da die Erhebung von Eintrittsgeld eine Beschränkung der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens bedeuten würde, dürften die Justizwachtmeister mit ihrem Vorschlag kein Glück haben.

Vorschläge zum Strafbuch werden. Ueber den Entwurf eines Strafbuches sollen die Justizbehörden und Kriminalkammer nicht allgemein sich gutachten äußern. Der